

## Grünland verschwindet: Ministerin schlägt Alarm



GRAFIKFOTO.DE

**KIEL** Die Experten im Kieler Landwirtschafts- und Umweltministerium schlagen Alarm. Bekannte Wiesenvögel wie Uferschnepfe, Feldlerche oder Kiebitz finden immer weniger Lebensraum im Land, teilweise drohe sogar die „Auslöschung ganzer Populationen“. Der Grund: Immer mehr Dauergrünland

wird aus Gründen der Wirtschaftlichkeit zu Ackerland umgewandelt. Der Anbau von Energiemais verspricht den Landwirten mehr Gewinn. Wertvolle Wiesen und Weiden, die teilweise seit Jahrhunderten die Landschaft prägten, werden gepflügt – „umbrochen“, wie die Fachleute dies nennen. Dem will Agrar-

und Umweltministerin Juliane Rumpf (CDU) jetzt per Erlass einen Riegel vorschieben. Der Entwurf ist bereits verfasst, und hinter den Kulissen ist der Streit darüber schon voll entbrannt. Der Bauernverband spricht von „Wirtschaftserschweris“.

*höv*

**Bericht & Kommentar Seite 3**

# Wiesen und Vögel verschwinden

Immer mehr Dauergrünland fällt dem Anbau von Energiepflanzen zum Opfer / Jetzt will das Landwirtschaftsministerium per Erlass gegensteuern

**KIEL** Der Umbruch kommt in Riesenschritten daher, die Folgen für Wiesenvögel sind dramatisch. Weil immer mehr Grünland zwischen Nord- und Ostsee zu Ackerland gemacht wird, schlägt sogar das den Bauern im Norden wohlgesonnene Landwirtschafts- und Umweltministerium jetzt Alarm.

Um bis zu 74 Prozent ist in den vergangenen zehn Jahren der Bestand der Uferschnepfe zurückgegangen. An der Ostküste gibt es nach Beobachtungen des Naturschutzbundes (Nabu) noch ganze zwei Brutpaare. Gehe die Beseitigung der „Fortpflanzungs- und Ruhestätten“ für Wiesenvögel ungebremst weiter, warnen Fachleute von Ministerin Juliane Rumpf (CDU), drohe „die Auslöschung von Populationen der Wiesenvögel“.

Doch Rumpfs Pläne, dem Umbruch von Dauergrünland per Erlass einen juristischen Riegel vorzuschieben, stoßen auf erbitterten Widerstand des Bauernverbandes. Die Interessenvertretung der Landwirte sieht weniger in den Praktiken der eigenen Zunft als im Klimawandel und in Fraßfeinden wie Greifvogel, Reiher, Marder und Fuchs die Ursachen des Verschwindens von Wiesenvögeln.

Im Hintergrund des Konflikts stehen handfeste wirtschaftliche Interessen. Seit Jahren wächst die Fläche für den Anbau von Energiemais. Bis zu 1500 Euro je Hektar zahlen Pächter inzwischen für solche Flächen – weit mehr als sich mit Grünland erzielen lässt. Zusammen mit der „Maisprämie“ und dem Bonus für nachwachsende Rohstoffe seien je Hektar sogar bis zu 2000 Euro drin, sagt Ingo Ludwigowski vom Nabu.

Kein Wunder, dass allein in den vergangenen vier Jahren 6700 Hektar Grünland – das entspricht der Fläche von fast 9400 Fußballfeldern, in Acker verwandelt worden sind – und das, obwohl die Eingriffe etwa auf der Halbinsel Eiderstedt von den Naturschutzbehörden erst genehmigt werden müssen.

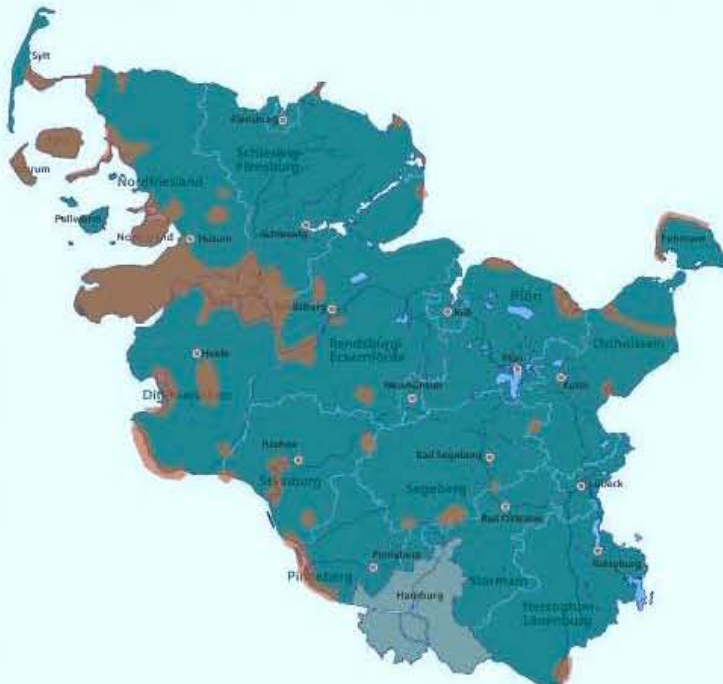
Dabei ist nicht allein die Uferschnepfe unter den Trecker gekommen. Auch die Bestände von Feldlerche und Kiebitz haben sich „als Folge des Umbruchs des Dauergrünlandes“ um mehr als ein Fünftel dezimiert und damit „erheblich verschlechtert“, heißt es in einem Papier des Landwirtschafts- und Umweltministeriums. Doch der Bauernverband zweifelt alle Daten der Experten aus dem Hause Rumpf an und wischt damit auch deren Forderungen vom Tisch.

Die Ministerin selbst würde zwar lieber auf „freiwillige Maßnahmen“ der Landwirte setzen, um den Raubbau an Lebensräumen für Wiesenvögel zu stoppen – doch die, räumt die CDU-Politikerin offen ein, „reichen nicht“. Deshalb will Rumpf nun unter Berufung auf das Bundesnaturschutzgesetz anordnen, dass vor jedem neuen Grünlandumbruch erst einmal Ersatzflächen, wiesenvogelgerecht „angelegt“ werden – und das zwei Jahre im Voraus. Eine „Wirtschaftserschwerbis“ nennt das der Bauernverband. Es sei für landwirtschaftliche Betriebe „nicht hinnehmbar“ Ackerflächen zwei Vegetationsperioden lang nicht nutzen zu können.



Auf Wiesen und Weiden angewiesen: Der Bestand der Uferschnepfe ist in Schleswig-Holstein drastisch zurückgegangen. DPA

## SENSIBLE GEBIETE WO DAS LAND DEN GRÜNLAND-UMBRUCH BREMSEN WILL



Es scheint, der Widerstand des Bauernverbandes könnte sich auszahlen. Noch handele es sich bei dem Papier ihres Hauses um einen „Erlassentwurf“, betont Rumpf. Man sei bemüht um einen Kompromiss. Wie der aussehen wird, ist noch offen. Denkbar seien Angebote für einen Vertragsnaturschutz.

Die Grünen-Umweltpolitikerin Marlies Fritzen hält das für „blanken Unsinn“. Abgesehen davon, ob solche Modelle angesichts der derzeit gezahlten Pachten überhaupt attraktiv und vom

Land finanzierbar sein könnten, sei der Gedanke absurd, „dafür zu bezahlen, dass sich Landwirte an Gesetze halten“. Klar sei jedenfalls: „Regelverstöße dürfen wir nicht länger zulassen.“

Dabei drängt die Zeit: Tritt der geplante Erlass nicht zügig in Kraft, dann, so fürchtet Fritzen, werden weitere Flächen umgebrochen. Jetzt seien die Böden nicht mehr nass, jetzt könne gepflügt werden. Mais lasse sich auch Mitte Mai noch anpflanzen.

Peter Höver

## Standpunkt

# Umbruch

VON PETER HÖVER

Was der inzwischen weithin propagierte Ausstieg aus der Atomenergie mit der Zukunft von Uferschnepfe, Feldlerche und Kiebitz zu tun hat? Eine Menge, wie die Debatte um den massenhaften Umbruch von Grünland in Schleswig-Holstein belegt. Wer grüne Energie will, muss Flächen schaffen, auf denen nachwachsende Rohstoffe angebaut werden können. Das lohnt sich derzeit für Landwirte. Deshalb wird der Lebensraum für Wiesenvögel knapp, deshalb sind Arten wie die Uferschnepfe im Bestand bedroht. Wer A wie Ausstieg aus der Atomkraft sagt, muss auch B wie Biosprit und die Folgen bedenken.

Ministerpräsident Peter Harry Carstensen hat es in der Energiedebatte des Landtags auf den Punkt gebracht. Das Gesicht (nicht nur) Schleswig-Holsteins wird sich deutlich verändern. Durch noch mehr Windräder, noch mehr Biogasanlagen, noch mehr Stromtrassen. Was deshalb Not tut, ist eine intensive, parteiübergreifende und ideologiefreie Debatte um den „richtigen“ Weg in ein neues Energiezeitalter. Das wird seine Zeit brauchen. Wer die Totalvermaischung des Landes nicht will, wer Lebensräume auch für andere Geschöpfe erhalten will, wird mit Paragrafenreiterei beim Grünlandumbruch allein nicht weiterkommen. Der wird auch andere Stellschrauben wie den Subventionen für Ökostrom drehen müssen.